



**OSTALBKREIS**

**Information des Landratsamts Ostalbkreis  
nach Art. 13 EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)  
zur Erhebung personenbezogener Daten**

**Datenverarbeitung bei Meldungen von Verdachtsfällen  
von Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2**

Das Landratsamt Ostalbkreis, Geschäftsbereich Gesundheit, bietet die Möglichkeit an, über seine Homepage und ein eigenes E-Government-Portal Verdachtsfälle von Infektionen mit dem Coronavirus zu melden, um einen substanziellen Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie zu leisten. Wir informieren Sie gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) im Folgenden über den Umgang mit den in diesem Zusammenhang bei der Landkreisverwaltung verarbeiteten personenbezogenen Daten.

**Verantwortlicher:**

Verantwortlich für die rechtmäßige Verarbeitung der o.g. Daten ist das Landratsamt Ostalbkreis, Stuttgarter Straße 41, 73430 Aalen. Verantwortlicher ist Landrat Dr. Joachim Bläse. Sie erreichen uns telefonisch unter 07361 503-0 und per Mail unter [info@ostalbkreis.de](mailto:info@ostalbkreis.de).

**Datenschutzbeauftragter:**

Unser Datenschutzbeauftragter ist unter [datenschutz@ostalbkreis.de](mailto:datenschutz@ostalbkreis.de) zu erreichen.

**Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:**

Zweck der Datenerhebung, Datenverarbeitung und Datenspeicherung ist die Bekämpfung der Corona-Pandemie. Es besteht eine Verpflichtung zur Meldung und Auskunft seitens derjenigen Personen, die auf dem Land-, See- oder Luftweg in die Bundesrepublik Deutschland einreisen, wenn sie sich zu einem beliebigen Zeitpunkt in den letzten 14 Tagen vor der Einreise in einem Gebiet aufgehalten haben, in dem ein erhöhtes Infektionsrisiko mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 besteht (Risikogebiete laut Veröffentlichung durch das Robert Koch-Institut unter <https://www.rki.de/covid-19-risikogebiete> zum Zeitpunkt der Einreise). Diese Personen haben unverzüglich nach ihrer Einreise der für den Wohnsitz oder sonstigen Aufenthaltsort des Einreisenden zuständigen Gesundheitsbehörde schriftlich oder elektronisch bestimmte Angaben zu machen, um eine Weiterverbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 so weit wie möglich zu verhindern.

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist in diesen Fällen Art. 6 Abs. 1 lit. e) der EU-Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) in Verbindung mit § 5 Absatz 2 Satz 1 Num-

mer 1 Buchstaben a) und c) in Verbindung mit Absatz 3 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), die durch Artikel 1 Nummer 4 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) neu gefasst worden sind.

In allen anderen Fällen eines Verdachts erfolgen Datenerfassung, -verarbeitung und -speicherung auf der Grundlage einer jeweils individuellen Einwilligung gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO. Diese Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden, wobei der Widerruf nur für die Zukunft wirksam wird. Die Einwilligung ist im elektronischen Formular explizit zu erklären.

#### **Weitergabe von Daten:**

Eine vollständige oder teilweise Weitergabe personenbezogener Daten im jeweils erforderlichen Umfang kann erfolgen, falls im jeweiligen Einzelfall eine Testung der betroffenen Person erfolgt (Weitergabe von Daten an beauftragte externe Ärzte, Labore etc.).

#### **Dauer der Datenspeicherung, Löschung:**

Die Daten werden gelöscht, sobald sie zur Bekämpfung der Pandemielage nicht mehr erforderlich sind.

#### **Weitere Rechte:**

Bezüglich Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie ein Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO), Berichtigung (Art. 16 DSGVO), Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO), Widerspruch (Art. 21 DSGVO) sowie Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO), sofern die entsprechenden Voraussetzungen nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung hierfür gegeben sind.

#### **Pflicht zur Bereitstellung der Daten:**

Es besteht eine zwingende Verpflichtung zur Abgabe der personenbezogenen Daten im Falle der Rückkehr aus einem Risikogebiet (siehe oben). Eine Ausnahme betrifft nur diejenigen Personen, die lediglich durch ein Risikogebiet durchgereist sind und dort keinen Zwischenaufenthalt hatten.

#### **Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:**

Soweit Sie sich durch die Verarbeitung personenbezogener Daten in Ihren Rechten verletzt fühlen, steht Ihnen ein Recht zur Beschwerde beim

Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart  
Postfach 102932  
70025 Stuttgart  
Tel.: 0711 / 615541-0  
Fax: 0711 / 615541-15  
[poststelle@ldi.bwl.de](mailto:poststelle@ldi.bwl.de) zu.

